

# Das GeoBusiness in Deutschland geht in die nächste Runde

Die Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission) beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie legte zur CeBIT am 4. März ihre Marschroute für die kommenden Jahre vor – das Memorandum 2010. Vor fünf Jahren, zur Gründung dieser Wirtschaftskommission, wurden Ziele und Aktivitäten in einem ersten Memorandum festgeschrieben. Viele dieser Ziele sind erreicht worden, andere stehen noch in weiter Ferne. Aus den Aktivitäten der vergangenen Jahre haben sich neue Ziele entwickelt, die nun angepasste Mechanismen erfordern. Vielfältig sind die Datenwünsche der zwanzig Bundesspitzenverbände in der GIW-Kommission. Vom Denkmal bis zur Trassenplanung, alles ist interessant. Die Objekte der Begierde, die Geoinformationen der öffentlichen Hand, können nach fünf Jahren intensiver Arbeit zum Teil in den Geschäftsmodellen der Leitprojekte der Kommission genutzt werden. Der Zugang zu diesen Geodaten über Web-Dienste und Internetportale wurde in intensiven Moderationsprozessen zwischen Wirtschaft und Verwaltung geschaffen. Beide Welten mussten ihr Gegenüber zunächst einmal verstehen lernen. Die individuellen Ansprüche und Zwänge sind sehr unterschiedlich. Gegenseitiges Verständnis und Vertrauen waren das Kugellager in diesem Bewegungsablauf. Standards wurden verabredet und Nutzungsbedingungen verhandelt. Häufig konnten Testzeitspannen verabredet werden. Nach wie vor liegt der Großteil der

Daten der öffentlichen Hand allerdings noch inhaltlich inhomogen, mit Verwerfungen an den Ländergrenzen und unter sehr unterschiedlichen Abgabebedingungen in den einzelnen Bundesländern vor. Für die Wirtschaft, die in der Regel in bundesweiten oder sogar europaweiten Geschäftsmodellen denkt, eine Situation, die nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nur sehr schwer zu bewältigen ist. In den Unternehmen stehen nicht ohne Weiteres Mitarbeiter zur Verfügung, die über Monate bei den unterschiedlichsten Behörden in 16 Ländern und bei den Bundeseinrichtungen an der Tür klopfen können, um jeweils Abgabebedingungen mit unterschiedlichen Lizenzmodellen und einer Vielzahl von Verträgen zu verhandeln. Die GIW-Kommission hat daher in ihrem Memorandum 2010 (download unter [www.geobusiness.org](http://www.geobusiness.org)) zwei Ziele für die nähere Zukunft klar herausgestellt:

1. Zu den immer wichtiger werdenden Themen Preismodelle, Datenschutz, Lizenzen, Datenaustausch, Technik und Wertschöpfung wurden eigens TaskForces gegründet. Die Aktivitäten dieser TaskForces, mit Mitgliedern aus Wirtschaft und Verwaltung, werden künftig deutlich verstärkt. Aufgabe dieser TaskForces ist es, den Status Quo der jeweiligen Rahmenbedingungen in den Ländern und beim Bund zu analysieren. Auf Basis der Geschäftsprozesse in der Kommission sollen dann wirtschaftsfreundliche Mechanismen zu ihrer bundesweiten Harmonisierung

erarbeitet werden. Das hier ab einem bestimmten Zeitpunkt auch die politische Ebene eingebunden werden muss, um Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, liegt auf der Hand.

2. Die Wirtschaft benötigt schnell und unkompliziert Informationen über Web-Dienste in Deutschland. Regionale Unterschiede in der Visualisierung, Bereitstellung oder bei den Suchkriterien wirken abschreckend, kosten Zeit und damit Geld. Die Kommission hat daher eine bundesweite Rechercheplattform für Web-Dienste aufgebaut [www.GeoMonitoring.org](http://www.GeoMonitoring.org). Momentan werden dort die frei verfügbaren Web-Dienste der öffentlichen Hand einfach und schnell recherchierbar. Die Suche kann nach Themen, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene sowie Postleitzahlen bundesweit gefiltert werden, so wie man es aus vielen anderen kommerziellen branchengebundenen Suchplattformen kennt. Im nächsten Schritt sollen Anbieter von Web-Diensten auch selbst Dienste registrieren können. Mittelfristig ist geplant, die per Passwort geschützten Dienste recherchierbar zu machen. Ein Thema, bei dem das Rechtemanagement gemeinsam mit den Partnern aus den GDI-Geschäftsstellen der Länder und des Bundes verabredet werden muss. Die Kommission nutzt dabei den Rückenwind, den die INSPIRE-Richtlinie für die öffentliche Hand über das Geodatenzugangsgesetz und die Geodateninfrastruktur Deutschland mit sich bringt. Die Überwindung der föderalen Hürden hin zu bundesweit einheitlicher Bereitstellung staatlicher Geoinformationen ist sicher

noch weit, ein Stück des Weges liegt aber bereits hinter den Beteiligten aus Wirtschaft und Verwaltung. Einheitlichkeit herrscht bei der Auffassung, dass die Hürden nur partnerschaftlich übersprungen werden können. Das ist ein gutes Vorzeichen für die Zukunft.

Die Kommission für Geoinformationswirtschaft, kurz GIW-Kommission, ist seit 2004 unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie aktiv. Die Mitglieder der Kommission kommen aus fast allen Bereichen der deutschen Wirtschaft. Ziel ist es, die vielfältigen Geoinformationen der öffentlichen Hand zu nutzen, um branchenspezifische Geschäftsprozesse und neue Geschäftsfelder zu entwickeln.

(Pressemitteilung der  
GIW-Kommission zur CeBIT,  
04.03.2010)